



Dr. Franz Schoser

„In Regionen denken – im europäischen Wettbewerb bestehen“

Die Wirtschaft steht in einem verschärften internationalen Standortwettbewerb. Selbst die Branchen und Unternehmen, die bisher auf relativ geschützten regionalen und lokalen Märkten agierten, müssen sich durch die rasante Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien im überregionalen Wettbewerb behaupten.

Diesem Wettbewerbsdruck sind die Unternehmen nur durch weitreichende Reformanstrengungen gewachsen.

Hier sind auch die Städte und Gemeinden gefordert, gemeinsam mit der Wirtschaft tragfähige regionale Entwicklungskonzepte zu erarbeiten, die die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erhöhen und die regionale Leistungskraft stärken. Im europäischen Standortwettbewerb kann heute keine Stadt oder Gemeinde mehr alleine erfolgreich sein. Die Standortstärken des regionalen Wirtschaftsraumes müssen gebündelt und gemeinsam vermarktet werden. So wie die Unternehmen Synergieeffekte durch Kooperation nutzen, setzen zukunftsorientierte Städte und Gemeinden auf mehr Zusammenarbeit, um ihre Attraktivität als Wirtschafts- und Lebensraum zu erhöhen. Zentrale Handlungsfelder sind dabei die regionale Wirtschaftsförderung sowie die raumbezogene Planung.

Von gemeinsamen Initiativen profitieren nicht nur die Unternehmen, sondern letztlich alle Bürger der Region. Denn die Wirtschaft ist für die Lebendigkeit der Innenstädte und die Funktionsfähigkeit der Stadtregionen fundamental. Die Unternehmen schaffen und sichern Arbeitsplätze in der Region, sie tragen mittelbar über die Steuerleistungen und unmittelbar über eigene Initiativen zu einem attraktiven öffentlichen Angebot an kulturellen und sozialen Leistungen in den Städten bei. Handel und Dienstleistungen leisten ihren besonderen Beitrag zum Erhalt attraktiver Innenstädte, die Wirtschaft insgesamt prägt das Image der Region maßgeblich mit. Die Stadtregionen als Lebens- und Wirtschaftsraum in ihrer Vielfalt zu stärken, ist daher eine gemeinsame Herausforderung für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Im Bereich der regionalen Wirtschaftsförderung zeigen die Erfahrungen der IHKs, dass eine zukunftsorientierte Flächenvorhaltungspolitik, der Ausbau der Verkehrs- und wirtschaftsnahen Infrastruktur sowie moderate kommunale Abgaben über die Standortwahl der Unternehmen entscheiden. Die weichen Standortfaktoren

die der Freizeit- und Erholungswert, Kultur- und Bildungsangebot und ein wirtschaftsfreundliches Klima haben für die Investitionsentscheidungen zwar nicht die höchste Priorität. Sie sind aber für die Unternehmen immer dann wichtig, wenn

qualifizierte Arbeitskräfte für den Standort gewonnen oder an ihn gebunden werden sollen. Keine Kommune kann heute im Alleingang in allen Bereichen eine Spitzenposition einnehmen. Denn in Zeiten knapper

Kassen und begrenzter Ressourcen lassen sich nicht alle wünschenswerten Infrastruktureinrichtungen vorhalten oder alle Ansprüche an den Raum gleichermaßen erfüllen. An einer arbeitsteiligen Wirtschaftsförderung führt daher kein Weg vorbei. Wichtiges Aufgabenfeld ist die Planung, der Bau und Betrieb von Ver- und Entsorgungseinrichtungen, z. B. in den Bereichen Energie, Abfallbeseitigung und Stadtentwässerung. Um die Mobilität in der Region zu sichern, ist es auch erforderlich, dass die Städte und Gemeinden bei der Gestaltung der Verkehrskonzepte partnerschaftlich zusammenarbeiten. Erfolg versprechend sind die Maßnahmen immer dann, wenn sie innerhalb des politisch gesetzten Rahmens mit den Märkten und gemeinsam mit der Wirtschaft und nicht gegen sie vollzogen werden.

Auch im Bereich der räumlichen Planung müssen neue Wege gegangen werden, wenn den konkurrierenden ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Ansprüchen an den Raum optimal Rechnung getragen werden soll. In den vergangenen Jahrzehnten haben sich die Kernstädte immer mehr in das angrenzende Umland ausgedehnt. Die räumlichen und funktionalen Verflechtungen zwischen Stadt und Umland sind enger geworden. Günstigere Boden- und Immobilienpreise und höhere Mobilität trugen dazu bei, dass es die Bevölkerung sowie flächenintensive Gewerbe- und Handelsbetriebe verstärkt in das Umland zog. Zugleich haben der Einzelhandel und das Dienstleistungsgewerbe ihren festen Platz in der Innenstadt behauptet. Diese Entwicklung stellt neue Anforderungen an die räumliche Planung. Der DIHT und die IHKs sehen vor allem im Erhalt leistungsfähiger und funktionsgerechter Zentren und Stadtregionen eine raumordnerische Aufgabe mit hoher Priorität, um das kulturelle Erbe und gewachsene urbane Strukturen in ihrer Vielfalt zu erhalten. Die interkommunale Planung und Entwicklung von Gewerbegebieten muss gestärkt werden, um sämtlichen Unternehmen in der Region eine Standortperspektive zu geben. Den Anspruch einer flächensparenden Siedlungsentwicklung kann zugleich eine Planung entlang

der Verkehrsachsen erfüllen. Will man die gewachsene Zentrenstruktur in Deutschland erhalten, muss das Zentrale-Orte-Konzept fortentwickelt werden. Die Festlegung kommunaler Zentren unterschiedlicher Größenordnung schafft nach wie vor die Planungs- und Investitionssicherheit für öffentliche Projekte im Bereich der Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen. Allerdings sollte sie sich nicht länger ausschließlich an politischen Gemeindegrenzen orientieren. Das Konzept muss behutsam modernisiert werden, um insbesondere eine angemessene Steuerung großflächiger Ansiedlungen zu sichern. Anzustreben ist eine von gemeindlichen Grenzen losgelöste Festlegung zentralörtlicher „Standortcluster“ in der Region oder im Verdichtungsraum.

Letztlich kann es kein allgemeingültiges Modell für regionale Kooperationen geben. Sie muss aus den jeweiligen Besonderheiten erwachsen und an den spezifischen Stärken und Schwächen in der Region ansetzen. In Regionen denken und die Kooperationen zwischen den Gemeinden fördern heißt immer, das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen und den Wert des Wettbewerbs der Gemeinden untereinander anzuerkennen. Zusammenarbeit in der Region muss auf der Grundlage sachlicher Notwendigkeiten vereinbart werden, sie muss auf Einsicht beruhen und sie muss freiwillig erfolgen. Viele Gemeinden, viele Unternehmer und Bürger haben sich heute schon der Zusammenarbeit in der Region verschrieben, um ihren Platz im Europa der Regionen zu behaupten. Erfolgreiche Projekte und Ideen sind angedacht und auf den Weg gebracht worden. Sie sollten zum Wohle zur breiten Nachahmung aller anregen.

Dr. Franz Schoser
Hauptgeschäftsführer des Deutschen
Industrie- und Handelstags, Berlin